

Inhaltsübersicht

Vorwort.....	III
Abkürzungsverzeichnis	XIII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Rechtsquellen	XVII
Literaturverzeichnis	XXXI
Vorbemerkungen zu Themenstellung, Systematik und verwendeten Begriffen	XLV

1. Kapitel

Primäres Unionsrecht und ordentliche Gerichtsbarkeit

I. Die Werte der Union	1
II. Die Ziele der Union	5
III. Die Vollziehung des Unionsrechts.....	7
IV. Das Rechtsschutzsystem der Union	10
V. Das Gebot der loyalen Zusammenarbeit.....	11
A. Die Kooperationspflicht der Justizbehörden	15
1. Die Kooperation zwischen Justizbehörden und Unionsorganen und -einrichtungen	15
2. Die Kooperation zwischen den Justizbehörden der Mitgliedstaaten	18
VI. Das Gebot der loyalen Zusammenarbeit als unionsrechtliche „Grundnorm“ der ordentlichen Gerichtsbarkeit	19
VII. Die Verwaltungszusammenarbeit	20
VIII. Rechtsgrundlagen für Unionsmaßnahmen auf dem Gebiet des Zivil- und Strafverfahrensrechts.....	22
A. Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	22
1. Gemeinsame Bestimmungen.....	23
a) Strategische Leitlinien	24
b) Doppelte Subsidiarität.....	25
c) Evaluierung.....	26
d) Ordre-Public-Klausel	27
e) Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten und der Behörden ..	28
2. Verhütung und Bekämpfung von Terrorismus	30
B. Die Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen	31
1. Vorgeschichte und räumlicher Geltungsbereich.....	31
2. Der Begriff der Zivilsachen.....	32
3. Der grenzüberschreitende Bezug.....	34

4. Das reibungslose Funktionieren des Binnenmarktes	35
5. Der Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung.....	36
6. Spezielle Kompetenztatbestände	37
7. Familienverfahrensrecht	40
8. Weitere mögliche Rechtsgrundlagen im Bereich des Zivilverfahrensrechts	41
C. Die Zusammenarbeit in Strafsachen	43
1. Der Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung und die Rechtsangleichung	45
2. Dreifache Subsidiarität und Notbremseverfahren	46
3. Rechtsformen	47
4. Spezielle Kompetenztatbestände für das Verfahrensrecht	48
a) Anerkennung von Urteilen und gerichtlichen Entscheidungen	49
b) Verhinderung und Beilegung von Kompetenzkonflikten .	50
c) Förderung der Weiterbildung von Richtern, Staatsanwälten und Justizbediensteten	51
d) Zusammenarbeit der Justizbehörden oder entsprechender Behörden bei Strafverfolgung, Vollzug und Vollstreckung.....	51
e) Die Zulässigkeit von Beweismitteln	52
f) Die Rechte des Einzelnen	52
g) Die Rechte der Opfer	53
h) Sonstige spezifische Aspekte des Strafverfahrens	54
5. Kompetenztatbestände im materiellen Strafrecht	54
6. Kriminalitätsprävention	56
7. Eurojust	56
8. Europäische Staatsanwaltschaft	56
IX. Die Rechtsformen des sekundären Unionsrechts	58
X. Die Richtlinie	61
A. Die Umsetzungspflicht	61
1. Sanktionen	63
a) Grundsätze	63
b) Gestaltung der Sanktionen	65
2. Die doppelte Bindung	69
3. Die Bestimmung der zuständigen Behörden	70
XI. Die Verordnung	72
XII. Übereinkommen der Mitgliedstaaten und völkerrechtliche Verträge	74
XIII. Die Organisations- und Verfahrensautonomie der Mitgliedstaaten und Art 291 AEUV	76
XIV. Die Grundsätze der Äquivalenz und der Effektivität	79
XV. Das Verbot der Diskriminierung aufgrund der Staatsbürgerschaft	85

XVI. Die Grundfreiheiten	90
XVII. Das Grundrecht auf effektiven gerichtlichen Rechtsschutz als allgemeiner Rechtsgrundsatz	93
A. Das Recht auf einen gerichtlichen Rechtsbehelf	95
B. Volle Kognitionsbefugnis	99
C. Vorlageberechtigung	102
D. Vorläufiger Rechtsschutz	105
E. Weitere inhaltliche Gewährleistungen	106
XVIII. Effektiver gerichtlicher Rechtsschutz und Wirksamkeitsgebot	108
XIX. Weitere Rechtsstaatsgrundsätze	113
XX. Das Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf und ein unparteiisches Gericht – Art 47 GRC	114
A. Tragweite und Bedeutung	114
B. Der Anwendungsbereich	117
C. Der Gerichtsbegriff	118
D. Das Recht auf eine angemessene Verfahrensdauer	119
E. Grundsatz und Grundrecht	120
F. Schranken des Rechts auf effektiven gerichtlichen Rechtsschutz	121
XXI. Weitere justizielle Grundrechte	123
A. Unschuldsvermutung und Verteidigungsrechte	123
B. Nulla poena sine lege und die Verhältnismäßigkeit der Strafen	125
C. Ne bis in idem	126
XXII. Der Begriff des Gerichts	131
A. Merkmale eines Gerichts in der älteren Rechtsprechung	132
B. Merkmale eines Gerichts in der jüngeren Rechtsprechung – einheitlicher Gerichtsbegriff, Stärkung der Unabhängigkeit	140
C. Vorlageberechtigte österreichische Gerichte	142
D. Der Gerichtsbegriff im EuZVR	143
E. Der Gerichtsbegriff im EuStVR	144
F. Unabhängige Verwaltungsbehörden	145
XXIII. Der Vorrang des Unionsrechts	148
A. Der Anwendungsvorrang im österreichischen Recht	153
B. Die Wahrung des Vorrangs unmittelbar anwendbaren Richtlinienrechts	157
C. Amtswegige Anwendung	161
D. Konsequenzen des Anwendungsvorrangs	163
XXIV. Die einheitliche und autonome Auslegung des Unionsrechts	164
XXV. Die unionsrechtskonforme Interpretation	166
XXVI. Die Vorrechte und Befreiungen der Union	171

2. Kapitel

Organisation und Verfahren der ordentlichen Gerichte

I. Gerichtsverfassung und Behördenorganisation	175
A. Gesetzliche Grundlage	177
B. Spezialisierung und Instanzenzug	179
C. Unabhängigkeit	181
D. Unparteilichkeit	184
E. Richter, Staatsanwälte und sonstiges gerichtliches Personal	186
1. Die Zulässigkeit von Staatsbürgerschaftsvorbehalten	188
2. Richter und Staatsanwälte als Arbeitnehmer im Sinne des Unionsrechts	189
F. Gerichtssachverständige	192
G. Rechtsanwälte und Notare	193
II. Der Zugang zu den ordentlichen Gerichten	196
A. Unionsrechtliche Einordnung des Zugangs zu einem Gericht ..	196
B. Das Recht auf Zugang zu einem Gericht als Grundrecht: Art 6 EMRK und Art 47 GRC	200
III. Das Recht auf Beratung, Verteidigung und Vertretung	200
A. Das Recht auf Verteidigung und Vertretung im Zivilverfahren	202
B. Das Recht auf Beratung	206
C. Anwaltszwang und Vertretungsfreiheit	207
D. Die freie Wahl des rechtlichen Vertreters	208
IV. Prozesskosten	209
A. Finanzierung der nationalen Justizsysteme	209
B. Kostentragung und Sicherheitsleistung	210
C. Kostenregelungen im Sekundärrecht	212
D. Höhe der Gerichtsgebühren	215
V. Anspruch auf Prozesskostenhilfe	217
A. Prozesskostenhilfe für juristische Personen	218
B. Die ProzesskostenhilfeRL	221
VI. Alternative Streitbeilegung	222
A. ADR im Sekundärrecht	225
1. Die EuMediatRL	227
B. ADR im österreichischen Recht	230
C. Primärrechtliche Einordnung von ADR	232
1. Vorlageberechtigung und gerichtlicher Rechtsbehelf	232
2. Fair Trial light – Grundsatz	237
VII. Die Zuständigkeit ordentlicher Gerichte im Sekundärrecht	239
VIII. Eigenständige Wahrnehmung von Zuständigkeiten	242
IX. Die Zulassung von Klagen	244
X. Ausschlussfristen	246
A. Ausschlussfristen und das Äquivalenzprinzip	247
B. Ausschlussfristen und das Effektivitätsprinzip	249

VIII

C. Ausschlussfristen und das Verhältnismäßigkeitsprinzip	252
XI. Verfahrensgrundsätze des Zivilverfahrens	253
A. Der Dispositionsgrundsatz	253
B. Öffentlichkeit, Mündlichkeit und Unmittelbarkeit	256
C. Rechtliches Gehör und Gleichheit der Parteien	257
D. Verfahrenskonzentration und Prozessökonomie	259
E. Freie Beweiswürdigung	260
XII. Vorläufiger Rechtsschutz	261
A. Mehr Rechtsschutz	262
B. Weniger Rechtsschutz	265
C. Das Kohärenzprinzip	268
D. Internationale Zuständigkeit	269
E. Der vorläufige Rechtsschutz des österreichischen Zivilverfahrensrechts im Lichte der unionsrechtlichen Vorgaben	271
XIII. Das Beweisverfahren	273
A. Sekundärrechtliche Bestimmungen	273
B. Beweisaufnahme von Amts wegen	274
C. Allgemeine Grundsätze	274
D. Beweislast	275
E. Die Europäische Beweisverordnung	276
1. Rechtsprechung des EuGH	279
a) Die Rechtssache Weryński	279
b) Die Rechtssache Tedesco	281
c) Die Rechtssache Lippens	285
F. Der Zugang zu Beweisen im Verantwortungsbereich der Unionseinrichtungen	286
XIV. Das Vorabentscheidungsverfahren und verfahrensrechtliche Fragestellungen	288
XV. Handhabung der Sanktionen	291
A. Ergänzung der Sanktionen	291
B. Sanktionsanwendungsverbote	292
XVI. Überprüfung und Aufhebung von rechtskräftigen Urteilen	292
A. Auswirkungen auf das österreichische Recht	299
XVII. Die Staatshaftung	302

3. Kapitel

Spezielle Einwirkungen des Unionsrechts auf das Strafverfahren

I. Der unionsrechtliche Begriff des Strafrechts	307
A. Supranationales Strafrecht im weiteren Sinn	311
B. Europäisierung des nationalen Strafrechts	313
II. Europäisches Strafverfahrensrecht	315

III. Zuständige Behörden	317
IV. Wahrnehmung von Zuständigkeiten	319
A. Der Rahmenbeschluss zur Vermeidung und Beilegung von Kompetenzkonflikten in Strafsachen	319
V. Unionsrechtliche Instrumente für das Ermittlungsverfahren	322
A. Die Europäische Ermittlungsanordnung	322
B. Die Europäische Sicherstellungsanordnung	326
C. Die Europäische Überwachungsanordnung	327
D. Informationssysteme und Datenverkehr	328
1. Das Schengener Informationssystem (SIS)	328
2. Das Visa-Informationssystem (VIS) und Eurodac	329
3. Das Europol-Informationssystem (EIS)	330
4. Datenaustausch über Eurojust	331
5. Austausch von Informationen und Erkenntnissen zwischen den Mitgliedstaaten	331
E. Gemeinsame Ermittlungsgruppen	332
F. Eurojust	334
1. Zukünftige Entwicklungen	337
G. Das Europäische Justizielle Netz (EJN)	338
1. Verbindungsrichter und Verbindungsstaatsanwälte	340
VI. Die gegenseitige Anerkennung von Endentscheidungen	341
A. Die Vollstreckung von Freiheitsstrafen	341
B. Die Überwachung von Bewährungsmaßnahmen und alternativen Sanktionen	343
C. Die Vollstreckung von Geldstrafen	344
D. Die Vollstreckung von Einziehungsentscheidungen	346
E. Die Anrechnung von Verurteilungen in anderen Mitgliedstaaten	347
F. Die Anerkennung und Vollstreckung von Abwesenheitsurteilen	348
VII. Der Europäische Haftbefehl	350
VIII. Die Rechte der Beschuldigten	359
A. Die RL Dolmetschleistungen	360
B. Die RL Belehrung	362
IX. Die Rechte der Opfer	364
A. Die RL Opferrechte	365
X. Spezielle Aspekte des Vorabentscheidungsverfahrens in Strafsachen	371
A. Vorlagepflichtige letztinstanzliche Gerichte	371
B. Das Ermittlungsprinzip und das Vorabentscheidungsverfahren	372
C. Das Beschleunigungsgebot und die Dauer des Vorabentscheidungsverfahrens	373
D. Das Eilverfahren	375
E. Anonymisierung der persönlichen Daten	377

F. Der Vorbehalt der öffentlichen Ordnung	377
G. Die Rolle der Parteien	377
H. Die Vorlageberechtigung für Staatsanwaltschaften	378
XI. Sonstige Einwirkungen des Unionsrechts auf das Strafverfahren ..	379
A. Die Bestimmung des Anwendungsbereichs des Unionsrechts ..	379
B. Tatbestände und Sanktionen	381
C. Strafverfahrensrechtliches Legalitätsprinzip und der Grundsatz der Äquivalenz und der Effektivität	382
D. Das unionsrechtliche Gleichbehandlungsgebot	384

4. Kapitel

Ausprägungen der Europäisierung der ordentlichen Gerichtsbarkeit

I. Die Europäisierung der ordentlichen Gerichtsbarkeit	385
A. Nationale Gerichte als Unionsgerichte	385
B. Das unionsrechtliche Mandat für den Unionsrichter im funktionalen Sinn	387
II. Verbund und Kooperation der europäischen ordentlichen Gerichte und Staatsanwaltschaften	390
A. Das Verbund- und Kooperationsrecht als eigenständige Kategorie	390
B. Verbund- und Kooperationspflichten als Maßstab des Europäisierungsgrades	391
C. Verwaltungsverbund und Justizverbund	392
D. Kompetenzrechtliche Grundlagen	392
E. Das Gebot der loyalen Zusammenarbeit als unionsrechtliche „Grundnorm“ des Justizverbunds	393
F. Bindung an die Unionsgrundrechte	394
G. Horizontale und vertikale Kooperation	395
H. Grundsätze des justiziellen Verbund- und Kooperationsrechts	396
1. Der Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung	396
a) Vom nationalen „ordre public“ zum europäischen „ordre public“	398
b) Bindungswirkungen in der vertikalen Kooperation	399
2. Das Vertrauensprinzip	399
3. Der Grundsatz der direkten Zusammenarbeit	403
4. Der Grundsatz der geordneten Rechtspflege	404
5. Kohärenzgebot: kein allgemeiner Grundsatz	406
I. Verbundtechniken	407
1. Bestimmung von Zuständigkeiten	407
2. Informationspflichten	408
3. Verpflichtung zur Rechtshilfe	409
4. Abstimmung beim vorläufigen Rechtsschutz	410
5. Beschleunigung der Zusammenarbeit	411

6. Das Vorabentscheidungsverfahren als kooperatives Verfahren	412
7. Hilfsmittel der Zusammenarbeit	413
8. Unterschiede zum Verwaltungsverbund	414
J. Grenzen des justiziellen Verbund- und Kooperationsrechts	415
1. Kompetenzrechtliche Grenzen	415
2. Begrenzte demokratische Legitimation?	416
3. Verantwortungsklarheit	417
III. Europäisierung der Justizverwaltung	418
IV. Justizpolitische Ziele als unionsrechtlich anerkannte Ziele des Gemeinwohls	419
 5. Kapitel	
Schlussbemerkungen	423
Urteilsverzeichnis	429
Stichwortverzeichnis	445